

TÜRKEI BULLETIN 12/17

Berichtszeitraum: 16. Juni - 02. Juli 2017

Nachricht 03.07.2017 Dr. Hans-Georg Fleck, Aret Demirci



Inhalt: ‘Marsch für Gerechtigkeit‘ nähert sich Istanbul, Türkische Behörden verbieten erneut ‘Gay-Pride’, Haftbefehl gegen Erdoğan’s ‘Prügel-Leibwächter‘ alarmiert Berlin, Gespräche: Letzte Chance für ein geeintes Zypern?

Überblick

Die Kette der bilateralen Krisen zwischen Ankara und Berlin reißt nicht ab. Auf die Ablehnung eines Redeauftritts *Erdoğan’s* in Deutschland reagiert die AKP-Regierung empört. Die Entscheidung der Bundesregierung sei „nicht vereinbar mit freundschaftlichen Beziehungen“, so Präsidentschaftssprecher *Ibrahim Kalın*. Der türkische Europapolitiker *Ömer Çelik* kritisierte, dass das Demonstrationsrecht sowie die Pressefreiheit von deutschen Politikern „zu politischen Zwecken“ eingesetzt würden. Vor dem umstrittenen Verfassungsreferendum über die Einführung eines Präsidentsystems in der Türkei am 16. April hatte es heftigen Streit über Auftritte türkischer Minister in Deutschland gegeben. Als mehrere Kommunen Auftritte absagten, warf *Erdoğan* Berlin Nazi-Methoden vor.

Der türkische Staatspräsident *Erdoğan* hat beim Gebet zum Ende des Ramadan einen Schwächeanfall erlitten. Laut türkischen Medienberichten kollabierte er in einer Moschee in Istanbul und musste auf eine Trage gelegt werden. Er erholte sich jedoch rasch wieder. Anschließend sagte er, der Schwächeanfall sei auf Blutdruckprobleme in Zusammenhang mit seiner Diabetes-Erkrankung zurückzuführen.

Die größte Oppositionspartei CHP hat Regierungspläne kritisiert, die Evolutionstheorie von *Charles Darwin* aus den gesetzlichen Schullehrplänen zu streichen. „Eine erwiesene Theorie aus den Lehrplänen zu entfernen heißt, Wissen und Wissenschaft zu missachten. Die AKP-Regierung ersetzt sie mit einem Programm, das Scharia-Prinzipien enthält“, so CHP-Abgeordneter *Bariş Yarkadaş*. *Alparslan Durmuş*, Oberster Erziehungsrat des Bildungsministeriums, hatte zuvor angekündigt, die Evolutionstheorie sei nicht Teil der neuen Lehrplanentwürfe für 2019. Er begründete die Entscheidung damit, die Theorie sei „zu kompliziert“ und „zu kontrovers“ für jüngere Schüler. Die CHP kündigte an, den gesetzlichen Lehrplan vor Gericht anzufechten.

Die türkischen Behörden haben im vergangenen Jahr Ermittlungsverfahren gegen 3.658 Menschen wegen mutmaßlicher Beleidigung des Präsidenten eröffnet. Das berichtet die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu unter Berufung auf das Justizministerium. Weit mehr Menschen sahen sich dem Vorwurf der „Beleidigung der Türkei, der türkischen Nation oder der türkischen Regierungsorgane“ ausgesetzt: Im Laufe des Jahres wurden 46.193 Ermittlungsverfahren eröffnet.

Die türkische Justiz hat die Ausreisesperre gegen die Schriftstellerin *Ash Erdoğan* aufgehoben. Ein Gericht in Istanbul entschied, dass neben *Erdoğan* auch die Linguistin *Necmiye Alpay* künftig wieder ausreisen darf. Den beiden Intellektuellen wird wegen ihrer symbolischen Unterstützung für die prokurdische Zeitung ‘Özgür Gündem‘ „Terrorpropaganda“ und „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“ vorgeworfen. Die Zeitung wurde im Oktober 2016 per Notstandsdekret geschlossen. Die mehr als viermonatige Inhaftierung der beiden Frauen vergangenes Jahr stieß in der Türkei und im Ausland auf scharfe Kritik. Ende Dezember wurden sie dann unter Auflagen freigelassen.

Ein halbes Jahr nach dem Anschlag auf den russischen Botschafter in der Türkei hat Kremlchef Wladimir Putin einen Nachfolger ernannt. Neuer Botschafter in Ankara werde *Alexej Jerchow*, der bereits von 2010 bis 2015 Generalkonsul in Istanbul war, so die Agentur Interfax. Der Karrierediplomat leitete zuletzt den Krisenstab des Außenministeriums. *Jerchows* Vorgänger *Andrej Karlow* war am 19. Dezember bei einer Ausstellungseröffnung in Ankara von einem türkischen Polizisten erschossen worden. Der Anschlag wurde mit Russlands Militäreinsatz in Syrien in Verbindung gebracht. Ankara beschuldigte den noch am

Tatort erschossenen Polizisten, Gülen-Anhänger gewesen zu sein und den Botschafter mit der Absicht erschossen zu haben, um die russisch-türkischen Beziehungen zu sabotieren.

Ein Angriff auf eine Frau wegen des Tragens von kurzen Hosen im Fastenmonat Ramadan hat in der Türkei für Aufruhr gesorgt. Türkische Medien berichteten von dem Fall, in dem ein Mann einer Studentin in einem Bus in Istanbul ins Gesicht geschlagen hatte, nachdem er sie wegen ihrer Kleidung beschimpft hatte. Der Angreifer wurde festgenommen, befragt und wieder freigelassen. Den Berichten zufolge gab der Mann an, er habe sich von der Kleidung der Frau „provoziert“ gefühlt. Der Vorfall und die Freilassung des Angreifers sorgten für Kritik von Frauenrechtlerinnen. „Die Freilassung des Angreifers ist eine Gefahr für alle Frauen“, kritisierte die Plattform gegen Gewalt an Frauen auf Twitter. Vergangenes Jahr hatte ein Mann bei einem ähnlichen Fall in einem Bus in Istanbul eine Frau getreten, weil sie kurze Hosen trug. Frauenrechtlerinnen beklagen seit langem eine Zunahme der Gewalt gegen Frauen in der Türkei. Laut der Plattform gegen Gewalt an Frauen wurden 2016 in dem Land 328 Frauen ermordet, allein seit Jahresbeginn waren es 173.

‘Marsch für Gerechtigkeit‘ nähert sich Istanbul

Kemal Kılıçdaroğlu läuft und läuft. Seit dem 15. Juni legt der Chef der Republikanischen Volkspartei CHP täglich bis zu 20 Kilometer zurück; in der Hand hält er meist ein Schild mit dem Wort *Adalet* (deutsch: Gerechtigkeit). Der Oppositionspolitiker führt den ‘Marsch für Gerechtigkeit‘ von Ankara in die mehr als 400 Kilometer entfernte Metropole Istanbul. Er soll dort am 9. Juli eintreffen. „Wie einst *Gandhi* in Indien“, schrieben türkische Medien über *Kılıçdaroğlus* Protest, dessen Auslöser die Verurteilung seines Parteikollegen *Enis Berberoğlu* war.

Trotz des heißen Wetters in den letzten Tagen ist der Oppositionsführer fest entschlossen, das 430 Kilometer entfernte Ziel zu erreichen: es ist das Maltepe-Gefängnis in Istanbul, wo der CHP-Abgeordnete *Berberoğlu* inhaftiert ist. *Berberoğlu* war beschuldigt worden, den Journalisten *Can Dündar* und *Erdem Gül* von der Zeitung ‘Cumhuriyet‘ Filmmaterial aus dem Jahr 2014 zugespielt zu haben. Darauf soll zu sehen sein, wie der türkische Geheimdienst MIT Waffen nach Syrien schafft. Die Zeitung berichtete im Mai 2015 über den Fall. Der ehemalige Journalist und heutige Abgeordnete *Berberoğlu* war vor etwa zwei Wochen zu 25 Jahren Haft verurteilt worden. Er ist der erste CHP-Abgeordnete, der seit dem Putschversuch vom 15. Juli inhaftiert wurde.

Die Idee reifte schon länger in seinem Kopf, so *Kılıçdaroğlu* in einem Interview für die Deutsche Welle (DW). Doch erst die Verhaftung von *Berberoğlu* brachte das Fass zum Überlaufen. „Als *Berberoğlu* festgenommen wurde, haben wir uns sofort versammelt. Ich habe meine Protestidee dort zum ersten Mal geäußert“, sagte er. Er habe seinen Parteikollegen

gesagt, dass es Zeit sei, das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen. „Gerechtigkeit ist die Grundlage aller Religionen. Recht basiert auf Gerechtigkeit“, so der Sozialdemokrat. Deshalb habe er beschlossen, ein Plakat zu tragen, auf dem das Wort *Adalet* steht. Ziel des Marsches sei außerdem nicht nur, Gerechtigkeit zu etablieren, sondern auch der ganzen Welt die Sehnsucht der türkischen Gesellschaft nach Gerechtigkeit zu vermitteln.

Kılıçdaroğlu Protest missfällt der türkischen Regierung. Staatspräsident *Erdoğan* versucht, *Kılıçdaroğlu* und seine Weggefährten immer wieder in die Nähe von Terroristen zu rücken: „Es wird natürlich sanktioniert werden, wenn man zusammen mit Terrororganisationen das Recht beugt“, sagte er vor Verlegern. „Was“, fragte er, „unterscheidet die Marschierer von den Putschisten des 15. Juli? Wenn sie die Autobahnen besetzen wollen, werden wir auf sie genauso wie auf die Putschisten reagieren“, drohte er. Außerdem sprach er eine Warnung in Richtung der Demonstranten aus: „Menschen auf die Straße zu rufen ist weder für Sie, noch für das Land gut. Wenn die Justizbehörden Sie morgen irgendwohin zitieren, dann seien Sie nicht überrascht.“

Während *Erdoğan* und die Regierung zu Beginn des Marsches erst einmal abgewartet haben, sind sie jetzt – aufgrund der großen Aufmerksamkeit und der hohen Beteiligung – offensichtlich alarmiert. „Dass sie überhaupt laufen dürfen, ist eine Höflichkeit, ja eine Gnade unserer Regierung“, so *Erdoğan*. In der regierungsnahen Zeitung ‘Güneş’ wird bereits an den Gezi-Aufstand von 2013 erinnert. Wie damals wolle *Kılıçdaroğlu* heute wieder Chaos und Anarchie hervorrufen. „Das“, so beschwört ein Kommentator, „wird ihm (*Kılıçdaroğlu*, Anm. d. Red.) aber nicht gelingen.“

Doch *Kılıçdaroğlu* lässt sich durch Äußerungen *Erdoğan*s nicht beeinflussen. Auf die Drohung, die Staatsanwälte könnten jeden Moment aktiv werden, reagiert *Kılıçdaroğlu* mit der Feststellung: „Ihr droht, weil ihr wisst, dass es in diesem Land keine unabhängige Justiz und keine Gerechtigkeit mehr gibt. Wir verhalten uns völlig gesetzeskonform und wir lassen uns nicht provozieren.“ Dass *Erdoğan* ihn direkt zur Zielscheibe mache, zeige, dass er auf dem richtigen Weg sei. „Sie reagieren auf alles unverhältnismäßig. *Erdoğan* hat zu Provokationen aufgerufen, aber wie Sie sehen, ist mir nichts passiert. Wir machen von unserem Recht Gebrauch. Wenn jemand denkt, dass er uns durch das Gewähren dieses Rechts einen Gefallen tut, dann ist er ein Diktator.“ Laut *Kılıçdaroğlu* beabsichtigt *Erdoğan*s Regierung nicht, Demokratie zu errichten oder zu entwickeln. „Wenn durch unseren Protest die Demokratie wiederhergestellt wird und jemand dafür den Preis zahlen wird, dann sollen zuerst die Politiker diesen Preis zahlen, nicht die Bürger“, so der 68-Jährige.

Kritik einstecken müssen die CHP und ihr Führer derzeit aber nicht nur von *Erdoğan* und seiner Regierung. Auch *Mithat Sançar*, Abgeordneter der prokurdischen HDP, kritisierte *Kılıçdaroğlu* und seinen ‘Marsch für die Gerechtigkeit’ – dabei bildeten die beiden

Oppositionsparteien beim Referendum zu *Erdoğans* Verfassungsreferendum gemeinsam das Nein-Lager. „Der Protest der CHP kommt zu spät. Zudem ist sie für die Verhaftung ihres Parteikollegen mitverantwortlich. *Bereberoğlu* ist ein Opfer seiner eigenen Partei“, so *Sancar*. Er spielt damit auf die unrühmliche Rolle der CHP bei der Aufhebung der Immunität einiger Abgeordneter an. Normalerweise genießen Parlamentarier in der Türkei – wie in Demokratien üblich – Immunität. Doch schon vor dem Putschversuch vom 15. Juli vergangenen Jahres war der Schutz von rund 130 Oppositionspolitikern meist wegen Terrorvorwürfen aufgehoben worden. Auf Initiative der AKP und eben mit den Stimmen der CHP beschloss das Parlament im Mai 2016 diese Verfassungsänderung mit einer dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit. Damit ist der Teil der Verfassung, der Immunität garantiert, für alle Abgeordneten außer Kraft gesetzt, gegen die strafrechtlich relevante Vorwürfe vorliegen. Dass auch die CHP für die Strafverfolgung von Parlamentariern votierte, zeigte, wie zerstritten und ängstlich die Partei war. In der Folge kam es zu mehreren Verhaftungen, von denen bisher immer HDP-Politiker betroffen waren. Mit dem rechtskräftigen Urteil gegen *Berberoğlu* ist erst mal auch ein CHP-Politiker betroffen. Derzeit sitzen zehn Abgeordnete der HDP in Untersuchungshaft. Vielen anderen ist nach ihrer Verurteilung der Abgeordnetenstatus aberkannt worden. „Die CHP hat dazu beigetragen, dass diese Repressionen gegen uns erst möglich wurden“, so *Sancar*. „Sie ist mit Schuld an den Verhaftungen gegen uns.“ Den Protestmarsch findet er aber dennoch wichtig: „Besser jetzt als nie.“

Insgesamt 25 Tage soll der Protestmarsch dauern. Er soll dort enden, wo Gerechtigkeit am stärksten gefordert ist: vor einem Gefängnis.

Türkische Behörden verbieten erneut ‘Gay-Pride‘

Die türkischen Behörden haben die Schwulen- und Lesbenparade ‘Gay-Pride‘ in der türkischen Metropole Istanbul mit einem hohen Polizeiaufgebot erneut verhindert. Zuvor hatten türkische Nationalisten und Rechtsextremisten in sozialen Netzwerken Stimmung gegen die Organisation gemacht. Nach einem Verbot der Demonstration am Vortag hielten Sicherheitskräfte die Aktivisten davon ab, sich auf der zentralen Einkaufsstraße *Istiklal Caddesi* am *Taksim-Platz* zu versammeln. Die Polizei sperrte die Flanierstraße großräumig ab und blockierte auch die Seitenstraßen. Aktivisten berichteten, sie seien aufgehalten worden, weil sie etwa Regenbogen-T-Shirts trugen. Die Regenbogenfahne ist ein Symbol der Schwulen- und Lesbenbewegung. Mehrere Menschen, die Slogans skandierten, wurden festgenommen.

Der Istanbuler Gouverneur hatte die Demonstration für die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI) am Vortag das dritte Jahr in Folge verboten. Die Behörden erklärten, die Veranstaltung gefährde die Sicherheit von Bürgern und Touristen sowie die öffentliche Ordnung. In ihrer Erklärung rief die Verwaltung

die Bürger auf, dem Demonstrationsaufruf nicht zu folgen. Die Behörden teilten mit, erst aus der Presse von der geplanten Parade erfahren zu haben – die Veranstalter hätten die Demonstration nicht angemeldet. Das Organisationskomitee von Gay-Pride bezeichnete das als Lüge. Die Behörden hätten schon lange von dem geplanten Marsch gewusst, so das Komitee. Ein entsprechender Antrag sei vor Wochen eingereicht worden. Eine friedliche Demonstration sei ein verfassungsmäßiges Recht.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hatte sich „tief beunruhigt“ über das Verbot gezeigt und die türkischen Behörden aufgefordert, es aufzuheben. Statt ‘Gay-Pride‘ zu verbieten, solle der Staat die Parade schützen. Die LGBTI-Menschen und ihre Unterstützer hätten das Recht, sich friedlich zu versammeln.

Die Parade zum Abschluss der Istanbuler ‘Pride Week‘ wird von Aktivisten seit mehr als zehn Jahren organisiert und wurde 2015 erstmals verboten. Damals verwies der Gouverneur der Stadt auf den für Muslime heiligen Monat Ramadan. Dennoch gingen Tausende auf die Straße. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen friedliche Demonstranten ein. In diesem Jahr fiel der Termin der Parade mit einem Feiertag zum Abschluss des Fastenmonats Ramadan zusammen. In den Jahren vor 2015 fand die Versammlung hingegen statt, ohne dass es zu Zwischenfällen kam. Damit war die Istanbuler ‘Gay Pride‘ die einzige Demonstration von Homosexuellen in einem mehrheitlich muslimischen Land.

Die Türkei gehört zu den wenigen Ländern in der muslimischen Welt, in denen Homosexualität nicht verboten ist. Allerdings kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Schwule, Lesben, Bi- oder Transsexuelle.

Haftbefehl gegen *Erdoğans* ‘Prügel-Leibwächter‘ alarmiert Berlin

Die US-Justiz hat Haftbefehle gegen zwölf Leibwächter des türkischen Präsidenten *Erdoğan* erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, beim Besuch *Erdoğans* in Washington im Mai gewaltsam gegen Demonstranten vorgegangen zu sein, wie der Polizeichef der US-Hauptstadt mitteilte. Die Männer hätten friedliche Demonstranten vor der Residenz des türkischen Botschafters brutal angegriffen. Die zwölf Leibwächter seien in Videoaufnahmen eindeutig identifiziert worden. Falls die angeklagten Leibwächter versuchten, in die USA einzureisen, würden sie verhaftet, so der Polizeichef weiter. In den USA und insbesondere im Washingtoner District of Columbia gelte das „heilige Recht“, friedlich demonstrieren zu dürfen.

Erdoğan kündigte einen „politischen und juristischen Kampf“ gegen die Haftbefehle an. Der US-Polizei legte er schwere Versäumnisse zur Last. Diese habe es zugelassen, dass Terroristen sich ihm auf 50 Meter hätten annähern können. Die US-Beamten hätten nichts unternommen, weswegen seine eigenen Leibwächter aktiv geworden seien. Es sei nur darum

gegangen, ihn zu schützen, fügte er hinzu. Das türkische Außenministerium teilte mit, dem US-Botschafter sei übermittelt worden, dass die Entscheidung der US-Behörden „schlecht, unausgewogen und ohne rechtliche Grundlage“ sei. Nach Darstellung der türkischen Behörden griffen bei dem Staatsbesuch Unterstützer der kurdischen Terrororganisation PKK *Erdoğan*-Anhänger an.

US-Außenminister *Rex Tillerson* erklärte, die Haftbefehle seien eine klare Botschaft. Washington dulde keine „Einschüchterung und Gewaltanwendung zur Erstickung der Meinungsfreiheit“. Das Außenministerium werde weiterhin mit der Polizei und den zuständigen Behörden zusammenarbeiten.

Bei den Zusammenstößen am 16. Mai waren zwölf Menschen verletzt worden, darunter ein Polizist. Die Videoaufnahmen zeigen, dass die Leibwächter selbst auf bereits am Boden liegende Demonstranten weiter einprügelten. Die Konfrontationen mitten in Washington hatten sich ereignet, während *Erdoğan* nach seinem Besuch bei US-Präsident *Donald Trump* im Weißen Haus in der Residenz des Botschafters eingetroffen war.

Von den Bildern in Washington entsetzt, hat Berlin offenbar vor dem G-20-Treffen am 7. und 8. Juli in Hamburg Maßnahmen ergriffen, damit sich ähnliche Bilder in der Hansestadt nicht wiederholen. Wie die ‘Welt am Sonntag‘ berichtete, waren auf der Liste mit Begleitern des türkischen Präsidenten *Erdoğan* auch mehrere Leibwächter, gegen die die US-Justiz Haftbefehle erlassen hatte. Das Auswärtige Amt habe der Türkei deutlich gemacht, dass die betreffenden Sicherheitsleute nicht nach Deutschland kommen sollten. Das Blatt beruft sich auf entsprechende Berichte von Regierungsvertretern vergangene Woche in einer internen Sitzung im Bundesrat.

Gespräche: Letzte Chance für ein geeintes Zypern?

Im Schweizer Alpenort Crans Montana finden zurzeit erneut Gespräche zur Überwindung der Teilung Zyperns statt. Sowohl der Präsident der Republik Zypern, *Nikos Anastasiades*, als auch der politische Führer der türkischen Zyprioten, *Mustafa Akıncı*, sprechen von der letzten Chance, zu einer Einigung über einen gemeinsamen Staat zu kommen. Es ist das treibende Element, das die Verhandlungen nach dem enttäuschenden Ausgang der Zypern-Konferenz in Genf im Januar dieses Jahr bis jetzt am Leben hält. Mit vorsichtigem Optimismus geht auch UN-Vermittler *Espen Barth Eide* in die neue Verhandlungsrunde. „Die Teilnehmer haben beteuert, dass sie mit der Absicht kommen, alle ausstehenden Probleme zu lösen“, sagte *Eide*. „Es wird aber hart, die Seiten sind in ihren Ausgangspunkten weit voneinander entfernt“, so der Norweger. Im Verlaufe der Gespräche stieß auch UNO-Generalsekretär *António Guterres* zu den Gesprächen bei. Es wird gehofft, dass *Guterres* den rivalisierenden Seiten zum Durchbruch verhelfen kann.

Zum Auftakt der Gespräche, die bis zum 7. Juli geplant sind, sind neben den griechischen und türkischen Zyprioten auch die Außenminister der Garantemächte Griechenland und Türkei sowie der Außenminister Großbritanniens als Vertreter der einstigen Kolonialmacht dabei.

Sicherheitsgarantien sind das letzte große Hindernis auf dem Weg zu einer Lösung. Alle anderen Probleme wie etwa die Frage von Rückgabe und Entschädigung für verlorenes Eigentum oder die Grenzziehung zwischen den künftigen Bundesstaaten sowie die Modalitäten der Präsidentschaft sind weitgehend beigelegt oder außer Streit gestellt. Während Griechenland und Großbritannien kein Problem damit haben, ihre in den 1960er Jahren fixierte Rollen als ‘Garanten‘ aufzugeben, pochte Ankara zu Beginn der Verhandlungen auf den Verbleib seiner rund 30.000 Soldaten im türkischen Teil der Insel und auf das Recht, jederzeit auf Zypern einzugreifen, sollte die türkische Volksgruppe in Gefahr sein. Doch auch hier soll es laut Insiderinformationen Bewegung geben. Demnach soll die Türkei nach Informationen aus Verhandlungskreisen für einen Teilabzug seiner Truppen bereit sein. Langfristig solle es nur ein kleines Kontingent bleiben, soll angeblich der türkische Außenminister *Mevlüt Çavuşoğlu* angeboten haben. Griechenland hat deutlich weniger Truppen im Süden. Athen argumentiert, dass in einem vereinten Zypern, einem EU-Mitglied, keine auswärtigen Truppen nötig sind.

Die Mittelmeerinsel ist seit 1974 zwischen türkischen und griechischen Zypriern geteilt. Die Türkei marschierte damals nach einem Putsch von Anhängern eines Zusammenschlusses mit Griechenland im Norden ein. Die dort ausgerufene türkisch-zyprische Republik wird nur von Ankara anerkannt. Die griechisch geprägte Südhälfte gehört zur EU und Eurozone.

Für Medienanfragen kontaktieren Sie unseren Türkei-Experten der Stiftung für die Freiheit:



Dr. Hans-Georg Fleck
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit - Türkei
Tel.: +902122197253
E-Mail: hans-georg.fleck@fnst.org

Erhalten Sie unseren Newsletter mit interessanten Beiträgen, Publikationen und Veranstaltungshinweisen.